

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 10. Dezember 2015

betreffend 70 Jahre Vereinte Nationen - verstärktes Engagement für den Frieden

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- 1) die Vereinten Nationen ins Zentrum österreichischer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu stellen;
- 2) die neue Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenda unter Einbeziehung aller relevanten politischen Akteure sowie der Zivilgesellschaft in nationale Politik zu übersetzen;
- 3) die entwicklungspolitische und humanitäre Arbeit der Vereinten Nationen nachhaltig zu unterstützen;
- 4) den Vereinten Nationen gerade in Krisensituationen politisch größeres Gewicht zu geben und sich dafür zu engagieren, dass die Arbeit im Bereich zivile Krisenprävention, Konfliktvermittlung und friedliche Konfliktbeilegung weiter gestärkt wird;
- 5) die Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen zu stärken – auch, indem alle relevanten von Österreich ratifizierte VN-Konventionen und Zusatzprotokolle umgesetzt werden;
- 6) dazu beizutragen, dass der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) als global orientiertes Forum für Wirtschafts- und Sozialfragen politisch aufgewertet wird;
- 7) das Parlament, die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit über das österreichische Engagement in den Vereinten Nationen weiterhin zu informieren und an der Erarbeitung und Umsetzung der VN-Politik der Bundesregierung zu beteiligen.